



# Der Skandal sind nicht die trans Kinder

Die medizinische Begleitung von jungen trans Menschen in der Schweiz steht unter medialem und politischem Druck. Was das für Betroffene bedeutet.

Von [Ronja Beck](#) (Text) und Hélène Blanc (Illustration), 15.02.2024

Schummriges Licht, düstere Hintergrundmusik und Menschen in Kapuzenpullovern: Diese Geschichte bringt nichts Gutes – so viel ist klar.

So beginnt eine Sendung des Investigativ-Teams von SRF, die Mitte Januar ausgestrahlt wurde. Sie handelt von jungen trans Menschen und von anonymen Eltern, die sich sorgen. Neun haben einen Brief an die Zürcher Gesundheitsdirektion von Natalie Rickli verfasst. Darin prangern die Eltern den Umgang verschiedener Institutionen mit ihren Kindern an. Die Abkl -

rung auf Geschlechtsdysphorie, also die leidvolle Abweichung des zugeschriebenen zum empfundenen Geschlecht, sei zu schnell erfolgt; Eltern und Kinder seien unter Druck gesetzt worden, medizinischen Massnahmen zuzustimmen.

In mehreren Fällen richtet sich die Kritik an die Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Zürich, kurz KJPP, die einzige namentlich kritisierte Institution. Auch die Zürcher Gesundheitsdirektion mahnt in einer Stellungnahme zu «äusserster Zurückhaltung» bei entsprechenden Behandlungen und prüfe gemäss SRF «weitere Abklärungen».

Es sind heikle, viel diskutierte Fragen, die die Sendung aufwirft: Ab wann sind Minderjährige bereit, Entscheidungen über medizinische Massnahmen zu fällen – etwa über die Einnahme von Pubertätsblockern oder das Durchführen einer Operation? Sind die Abklärungen umfassend genug? Was, wenn Betroffene die Schritte später bereuen?

Dieses Mal zielen die Fragen auf die schweizweit wichtigste Institution für trans Kinder und Jugendliche: die KJPP und ihre medizinische Leiterin Dagmar Pauli. Pauli schuf vor über dreizehn Jahren die erste medizinische Anlaufstelle für junge Menschen, die sich mit dem ihnen zugeschriebenen Geschlecht nicht identifizieren können.

Nik Flütsch kann die Anschuldigungen der Eltern gegen Dagmar Pauli nicht nachvollziehen. Flütsch, Gynäkologe und trans Mann, ist als behandelnder Arzt ebenfalls Teil der Sendung. Er plädiert darin für eine sorgfältige Abklärung von jungen Menschen mit Geschlechtsinkongruenz.

Er hat nach der Ausstrahlung der Sendung eine Beschwerde bei der SRG eingereicht, sagt Flütsch der Republik: «Ich wurde nicht darüber aufgeklärt, dass die Sendung die KJPP anklagt und meine Ausführungen auf die Anschuldigungen münzt.»

Auch über den konkreten Inhalt des Elternbriefes sei er nicht informiert worden. Seit zehn Jahren arbeite er mit Pauli zusammen und erhalte Zuweisungen von der KJPP. «Ich kenne keine Person in diesem Feld, die seriöser arbeitet als Dagmar Pauli», sagt er.

Das SRF bestätigt den Eingang der Beschwerde bei der Ombudsstelle. Konfrontiert mit der Kritik heisst es, die SRF-Journalistin habe im Interview mit Nik Flütsch «mehrere Kritikpunkte der Eltern» besprochen. Ausserdem seien seine Aussagen «nicht im Kontext mit der Kritik an Dagmar Pauli verknüpft». Flütsch sei über alle Inhalte, die ihn betrafen, informiert worden. Protagonisten eines Filmes über Äusserungen zu informieren, die in einem anderen Kontext fallen, sei «nicht üblich», so SRF.

Dagmar Pauli wünscht sich derweil, die besorgten Eltern hätten sich bei ihr gemeldet, sagt sie zur Republik. Sie würde gerne mit ihnen sprechen und ihre Anliegen aufnehmen. Pauli ist nach der Sendung spürbar aufgewühlt. Sie mache sich Sorgen um die Kinder und Jugendlichen, die sich an sie und ihr Team wenden. «Sollten wir an unserer Arbeit gehindert werden, sind die Jugendlichen die Leidtragenden.»

## **Viel Presse über wenige**

Seit Jahren stehen trans Personen – die gemäss Schätzungen einen einstelligen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachen – regelmässig im Scheinwerferlicht von Schweizer Presse und Politik. Manchmal ohne Umschweife, manchmal als Raunen vermitteln zahlreiche Berichte und Vor-

stösse das Gefühl: Hier stimmt etwas nicht. Hier geschehen Dinge, die nicht geschehen sollten.

Etwa wenn in einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen der Schweiz die Rede ist von einer «epidemischen Zunahme» von jungen trans Personen in der Schweiz, die sich für eine geschlechtsangleichende Operation entscheiden. Mit dieser Wortwahl lässt sie den Bezug zu einer Krankheit anklingen – eine veraltete sowie diskriminierende Bewertung von Transidentität, die wissenschaftlich unhaltbar ist.

Oder wenn in einem Interview mit einer strittigen Ärztin Begriffe wie «soziale Ansteckung» (geprägt von einer weiteren strittigen Ärztin) unhinterfragt verwendet werden, obwohl die Idee, dass sich junge Menschen aufgrund ihres Umfeldes oder der sozialen Netzwerke plötzlich als trans definieren, von zahlreichen Fachverbänden als unbelegt, potenziell schädlich und fruchtbarer Boden für transfeindliche Gesetzesvorlagen bezeichnet wird.

Auch Menschen, die ihre Transition bereuen und manchmal rückgängig machen, sind wiederkehrend Thema in der Schweizer Berichterstattung. Obwohl ihre Anzahl klein ist und eine Detransition aus vielfältigen Gründen geschehen kann, die nichts mit Reue über die eigentlichen Massnahmen zu tun haben müssen.

Viele der kritischen Beiträge werfen nicht bloss Fragen auf, sie beziehen Position. Und zwar in einer Zeit, in der Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität immer sichtbarer werden und gleichzeitig konservative und rechte Kräfte das Thema zum Kampffeld erklären. So stellten in den vergangenen Jahren in der Schweiz mehrere nationale Vorstösse von Vertretern der Mitte, der SVP und der EVP die medizinische Begleitung von minderjährigen trans Personen infrage. Das Kantonsparlament in Bern entschied Ende 2023 gar mit knapper Mehrheit, geschlechtsangleichende Operationen für Minderjährige zu verbieten.

«Ein solches Verbot würde klar gegen internationales Menschenrecht verstossen, vor allem gegen das Recht von Kindern auf diskriminierungsfreien Zugang zu guter Gesundheitsversorgung. Zudem haben die Kantone gar keine Kompetenz, so ein Verbot zu erlassen», sagt Alecs Recher, Jurist und Gründer des Transgender Network Switzerland, kurz TGNS. «Unser Zivilgesetzbuch gibt vor, dass urteilsfähige Minderjährige selbst über medizinische Behandlungen entscheiden dürfen, das gilt für Geschlechtsangleichungen genauso wie für jede andere Behandlung.» Entsprechend, so Recher, müssten Diskussionen darüber auf medizinischer Fachkompetenz fussen «und nicht auf politischer Meinung».

Auch der Bundesrat hat bereits mehrfach festgehalten: Die Verantwortung für Behandlungen liegt bei den Ärztinnen und nicht bei den Politikern.

Vorstösse wie jene in Bern gibt es nicht nur in der Schweiz. Besonders in den USA steht die gesundheitliche Versorgung von trans Personen unter Beschuss. In zahlreichen Bundesstaaten sind seit vergangenem Jahr Pubertätsblocker, Hormontherapien oder Operationen für Minderjährige gesetzlich verboten – für praktizierende Ärzte und betroffene Familien ein schwerer Schlag. In Europa traten bisher keine neuen Verbote in Kraft, und doch wurden in Ländern wie Schweden, Finnland oder England die Richtlinien und Empfehlungen für die Behandlung von Minderjährigen mit Genderdysphorie eingeschränkt. Häufige Begründung: Man wisse noch zu wenig über die Auswirkungen der geschlechtsangleichenden Massnahmen.

Betroffene und Fachpersonen verfolgen diese Entwicklung mit Sorge. So etwa Annelou de Vries, eine bekannte niederländische Psychiaterin, die die heute verbreiteten Behandlungsstandards massgeblich geprägt hat. Dem Magazin «The Atlantic» sagte sie: «Wenn wir warten, bis uns die höchste medizinische Evidenz die Antworten liefert, müssen wir mit den Behandlungen ganz aufhören.»

## Der Ablauf einer Abklärung

Für Dagmar Pauli ist reines Zuwarten keine Option. Seit sie eine Sprechstunde für Geschlechtsidentität anbietet, erlebt sie Kinder und Jugendliche, denen es schlecht geht – so schlecht, dass manche den Lebenswillen verlieren. «Mir wurde schnell klar: Für diese Menschen nichts zu tun, ist offensichtlich gefährlich», sagt Pauli.

Über 300 trans Personen und ihre Familien hat die Chefärztin gemeinsam mit ihrem Team laut eigenen Angaben bereits begleitet. Sie sieht, wie junge Menschen an ihrer Geschlechtsinkongruenz leiden. Sie hört ihren Schilderungen zu und stellt sie nicht in Abrede. Dafür stellt sie «herausfordernde Fragen», wie sie sagt. Und räumt sogleich mit einem oft polemisch propagierten Missverständnis auf: dass der sogenannte affirmative Ansatz in der medizinischen Begleitung von trans Personen bedeutet, keine kritischen Fragen zu stellen und die Person stattdessen in allen Punkten zu bestärken.



«Affirmativ und ergebnisoffen sind kein Widerspruch», sagt Dagmar Pauli. «Es ist wichtig, dass sich die Jugendlichen verstanden fühlen, damit man sie nicht verliert. Und dann kann ich neugierige Fragen stellen: Wie war es früher? Hat sich das Gefühl verändert? Kannst du darüber nachdenken?»

Die Abklärung und die Anzahl der Sitzungen seien sehr individuell und erstreckten sich über mehrere Monate – mit zwingendem Einbezug der Eltern. Oft daure aber die Beobachtungsphase danach noch viel länger. Viele Jugendliche benötigen zudem eine Psychotherapie, da sie häufig unter psychischen Begleitstörungen leiden.

Auch die Detransition werde immer thematisiert, sagt Pauli. «Wir geben immer die Hausaufgabe mit, sich Videos von *detransitioners* anzuschauen. Und wenn ich einen Fall mit erhöhtem Risiko einer Detransition sehe, dann sage ich das der betroffenen Person und den Eltern auch.»

Nach den Sitzungen wird über die weiteren Schritte entschieden: beispielsweise über die Einnahme von Pubertätsblockern, die körperliche Veränderungen verzögern, aber reversibel sind und den jungen Menschen damit Zeit verschaffen, sich gründlich mit sich selbst auseinanderzusetzen. Manchmal folgt auch eine Familientherapie, falls das Verhältnis zu den Eltern im Argen liegt. Und manchmal, da entscheidet man sich gemeinsam gegen weitere Schritte. Für dieses Vorgehen erhalte die KJPP oft positive Rückmeldungen von den Betroffenen, sagt die Chefärztin.

Eine Abklärung kann laut Pauli auch mal schneller gehen, wenn etwa der Stimmbruch bevorsteht, der sich mit Hormonen nicht mehr rückgängig machen lässt, und Kind wie Eltern dringend eine Behandlung wünschen.

Dagmar Pauli macht kein Geheimnis aus ihrer Arbeit – erst kürzlich hat sie ein Buch darüber verfasst. Umso mehr mache es sie betroffen, wenn in der öffentlichen Debatte unterstellt werde, die Behandelnden hegten ein geheimes Eigeninteresse an den Transitionen. «Dabei wissen wir sehr genau, was für ein schwerer Weg eine Transition bedeutet.»

Falls in den Gesprächen, die im SRF-Beitrag kritisiert wurden, tatsächlich Fehler geschehen seien – sie habe die Jugendlichen nicht persönlich betreut, sagt Pauli –, wolle sie diesen natürlich nachgehen. Laut Pauli befanden und befinden sich keine der im Brief erwähnten trans Jugendlichen aus der KJPP in medizinischer Behandlung – es fanden nur Abklärungen, Psychotherapie und Elternberatungen statt. Das heisst: Die Jugendlichen erhielten weder Arzneistoffe, noch durchliefen sie eine Operation. In der Sendung bleibt dies unerwähnt.

## **Ein dubioser Elternverein als Treiber**

Man könne nicht die gesamte Berichterstattung über junge trans Personen in einen Topf werfen, sagt TGNS-Gründer Alecs Recher. «Leider aber wird viel Problematisches, Unsachliches publiziert.» Nicht nur in der Allgemeinbevölkerung, sondern auch bei Journalistinnen fehle es offenbar an Grundlagenwissen. Zudem lasse sich das Thema «leicht emotional aufladen», so Recher.

Eine besondere Rolle spielt eine «Interessenorganisation» aus der Romandie. Immer wieder ist vom Verein AMQG/AUFG zu lesen – in einem parlamentarischen Vorstoss wie in angriffigen Medienberichten. Auch die SRF-Journalistinnen sollen über die Gruppe zum besagten Elternbrief gelangt sein. Ihre Mitglieder setzen sich gemäss eigenen Angaben «für einen

angemessenen Umgang mit Fragen zum Geschlecht bei jungen Menschen ein».

Schon kurz nach der Gründung schaffte es der Verein AMQG/AUFG im Sommer 2021 in die Nachrichten. Die Vereinsgründerinnen meldeten zwei Genfer Ärzte bei den Behörden, weil sie bei ihren Kindern angeblich vor schnell eine Genderdysphorie diagnostizierten. Wie die Anwältin eines der Ärzte auf Anfrage der Republik schreibt, stehe ein Entscheid der Genfer Kontrollbehörde zu ihrem Klienten bis heute aus.

Man fordere «mehr Forschung und evidenzbasiertes Wissen» zu Geschlechtsinkongruenz, Genderdysphorie und Transidentität bei Jugendlichen, schreibt der Verein auf seiner Website. Und plädiert gleichzeitig für den Ansatz der «explorativen Psychotherapien», in denen Kindern ein angeblich «psychotherapeutischer Rahmen» gegeben wird, um «den Ursachen ihrer Beschwerden» auf den Grund zu gehen. In Tat und Wahrheit handelt es sich bei der sogenannten gender-exploratory therapy um eine Form der Konversionstherapie, die LGBTQ-Personen «heilen» soll.

Das ist offenbar auch AMQG/AUFG bewusst: Eine Meldung über eine Motion des Nationalrates, die Konversionstherapien schweizweit verbieten will, betitelt der Verein auf seiner Website mit der Frage «Explorative Therapie in Gefahr?». In verschiedenen Ländern weltweit sind Konversionstherapien verboten.

In den sozialen Netzwerken fällt der Verein derweil regelmässig mit transfeindlichen Beiträgen auf.

Überraschend ist das alles nicht. Gleichartige Gruppen bestehen in vielen Ländern, oft sind sie miteinander vernetzt und gestalten sich im selben Muster: Auf den ersten Blick erwecken sie den Eindruck, sich interessiert mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Transidentität auseinandersetzen zu wollen. Bei genauerem Hinsehen aber offenbart sich eine von Pseudowissenschaft unterfütterte transphobe Agenda.

All das geschieht im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Realitäten und medizinischen Unsicherheiten. Junge trans Personen suchen medizinische Hilfe, gleichzeitig zeigt die Forschung dazu Lücken, die gefüllt werden müssen. Einige Menschen brechen Therapien ab oder machen Entscheidungen rückgängig. Und ja, es können Fehler passieren. Das sagt und schreibt auch Medizinerin Dagmar Pauli. «Deswegen muss man doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und gegen die Unterstützung von trans Jugendlichen an und für sich polemisieren.»

Alecs Recher sagt: «Man verbessert eine Behandlung nicht, indem man sie verbietet.» Er wünscht sich, dass Ruhe einkehrt in die öffentliche Debatte. «Einzelne Fälle werden derart aufgebauscht und skandalisiert. Dabei ist der grosse Teil der Jugendlichen, die sich medizinisch behandeln lassen, damit zufrieden.» Jugendliche, so Recher, die stark marginalisiert sind, die lange keinen Zugang zu Behandlungen hatten, die sich diesen Zugang unter grosser Anstrengung verschafft haben und die nun dafür angegriffen werden. «Das ist doch der wahre Skandal.»